

**INTERNATIONALE
KLIMAVERHANDLUNGEN
COP 20 IN PERU**

**DIE GESTÖRTE GESELLSCHAFT
UND
IHRE ZIEMLICH LETZTE CHANCE**

Vorbemerkung

COP 20; nein, das ist kein Treffen US-amerikanischer Polizisten. Es ist vielmehr ein Treffen im Rahmen der Verhandlungen für einen internationalen Weltklima-Vertrag. Diese Vertragsstaatenkonferenz findet vom 1.12. bis 12.12.2014 in Peru statt. Angekündigt sind RegierungsvertreterInnen von knapp 200 Staaten, der Vereinten Nationen, Weltbank und tausende ExpertInnen, Berater, Lobbyisten, JournalistInnen sowie VertreterInnen indigener Organisationen, Umweltorganisationen etc.

Neben der COP findet vom 8.-11.12.2014 der Gipfel der Völker angesichts des Klimawandels statt (Cumbre de los Pueblos frente al cambio climático), zu dem ebenfalls tausende von Teilnehmenden erwartet werden; Motto: Systemwandel statt Klimawandel.

Da beide Treffen in Lima stattfinden und bei beiden die Themen Indigene Völker und Regenwald eine große Rolle spielen werden, haben die ISP (Informationsstelle Peru e.V.) und infoe (Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie) beschlossen, anlässlich des offiziellen Klimagipfels den Blick besonders auf lateinamerikanische und peruanische Positionen sowie auf die Forderungen und Vorschläge der indigenen Völker aus dem amazonischen Regenwald, dem großen CO₂-Speicher, zu richten.

Wir haben aus einer Fülle von äußerst unterschiedlichem Material vor allem das zusammengestellt und verwendet, was uns verständlich und konkret genug erschien, um über den Kreis von ExpertInnen hinaus in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit eingesetzt werden zu können.

COP 20

Inhaltsverzeichnis

Der Weg zur Klimakonferenz COP 20. Von Rio über Kyoto nach Lima und Paris _____	4
Absichtserklärungen versus Fakten _____	5
Die COP 20 in Lima _____	6
Peru: Rolle rückwärts _____	7
Abholzung, Modernisierung und die Folgen _____	8
Wachstum mit Quecksilber in der Suppe _____	10
COP 20 – Was zu erwarten steht _____	11
Auf eingefahrenen Gleisen _____	11
Vom internationalen Ablasshandel und grünem Etikett _____	12
Was ist REDD und was ist REDD+ _____	14
Wald ist nicht gleich Wald _____	15
Auf zu neuen Ufern? Positionen aus der Politik einiger lateinamerikanischer Länder _____	16
Zum Beispiel PERU. Reden und Tun – der große Unterschied _____	18
Peru: Gesetze für den Ausverkauf des Landes _____	18
Peru: Unkontaktierte Indigene in Gefahr _____	20
Peru: Großstaudämme und Wasserkraftwerke _____	21
Peru: Regenwald, Objekt der Begierde _____	21
Geld gegen Resultate _____	22
Waldschutz auf peruanisch _____	24
Stimmen aus der Zivilgesellschaft beim Gipfel _____	26
Forderungen aus der Zivilgesellschaft Lateinamerikas _____	27
Redd+ Indígena Amazónico (RIA) _____	28
Weitere Aktivitäten und Forderungen in Zusammenhang mit der COP 20 _____	29
Der Gipfel der Völker zum Klimawandel _____	30
Informationsstelle Peru: Sonderberichterstattung über die COP 20 _____	32
Impressum _____	33

DER WEG ZUR KLIMAKONFERENZ COP 20 VON RIO ÜBER KYOTO NACH LIMA UND PARIS

1992 fand in Rio de Janeiro die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung statt. Erstmals wurden Umwelt- und Entwicklungsfragen unter großer Beteiligung der Zivilgesellschaft zusammenhängend und im globalen Rahmen gesehen. Wichtige Ergebnisse der Rio-Konferenz sind unter anderem der Fahrplan für das 21. Jahrhundert, Agenda 21, die Biodiversitätskonvention und die Klimarahmenkonvention.

Dem beschlossenen Rahmenabkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen folgten die Vertragsstaatenkonferenzen (Conference of the Parties – COP) als (nummerierte) Nachfolgekonferenzen zur Überprüfung, Diskussion und Anpassung von Maßnahmen.

1997 verpflichteten sich die Industrieländer (nicht jedoch die USA) im sogenannten Kyoto-Protokoll zur deutlichen Reduzierung der Treibhausgase. Und es folgten weitere COPs.

Bei Nummer 15 in Kopenhagen wurde deutlich, dass die europäischen VertreterInnen das zu überarbeitende Kyoto-Protokoll nur als völkerrechtlich unverbindliches Vertragswerk sehen wollten.

COP 20 vom 1. - 12. Dezember 2014 ist also die 20. Vertragsstaatenkonferenz (der Vertragsparteien des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen, der United Nation Climate Change Conference) – auf Spanisch ebenfalls COP (Conferencia de las Partes de la Convención Marco de las Naciones Unidas sobre Cambio Climático).

Die COP 20 in Lima bereitet konkret die Internationale Klimakonferenz vom 30.11.-1.12.2015 in Paris vor, bei der die Länder sich freiwillig zu Klimaschutzzielen verpflichten sollen. Es darf in Lima also nicht bei Bussi-Bussi und Ciao-Ciao bis zum nächsten Mal bleiben.

COP 20

ABSICHTSERKLÄRUNGEN VERSUS FAKTEN

Im Kyoto-Protokoll verpflichteten sich die Industrieländer, den Treibhausgasausstoß zu verringern. 2013 war er weltweit so hoch wie nie zuvor; er war zwischen 1990 und 2012 um mehr als 60% angestiegen. Hauptverantwortlich für diese fatale Entwicklung ist der hohe Ressourcenverbrauch in Industrie- und sogenannten Schwellenländern.

Die schlimmsten Klimakiller durch Ausstoß von Treibhausgasen im Jahr 2012:

1. China: 2.625 Millionen Tonnen
2. USA: 1.397 Millionen Tonnen
3. Indien: 611 Millionen Tonnen
4. Russland: 491 Millionen Tonnen
5. Japan: 342 Millionen Tonnen
6. Deutschland: 200 Millionen Tonnen
7. Südkorea: 166 Millionen Tonnen
8. Iran: 164 Millionen Tonnen
9. Saudi Arabien: 138 Millionen Tonnen
10. Kanada: 137 Millionen Tonnen
11. Mexiko: 130 Millionen Tonnen
12. Großbritannien und Irland: 128 Millionen Tonnen
13. Brasilien: 127 Millionen Tonnen.
14. Südafrika: 126 Millionen Tonnen

(Zum Vergleich: Ganz Ostafrika mit 378 Millionen EinwohnerInnen in 20 Ländern stößt 17 Millionen Tonnen aus. Zahlen: Datenreport der Stiftung Weltbevölkerung, 2014)

Bezogen auf den CO²-Ausstoß ist die Vernichtung der Wälder ein besonderes Problem.

Mehr als eine Milliarde Menschen weltweit leben im und vom Wald – jährlich gehen etwa 19 Millionen Hektar Wald, davon 13 Millionen Hektar Regenwald, verloren. Seit dem Jahr 2000 wurden lt. FAO ca. 104 Millionen Wald vernichtet.

Weltweit wird in Kanada am meisten abgeholzt, Russland und Brasilien tun das ihre. Was die Zerstörung für Länder wie Indonesien oder Paraguay bedeutet, lässt sich erahnen: In Paraguay wurden in den letzten 13 Jahren 78% des Regenwaldbestands abgeholzt, vor allem für den Sojaanbau. Die Produktion von Soja, Papier, Fleisch, Palmöl ist zumindest im letzten Jahrzehnt Hauptgrund für die weltweite Abholzung, die etwa zur Hälfte illegal erfolgt. (ISP 10.9.2014, Forest Trends, Agencia de Prensa Ambiental Inforegión 15.9.14)

DIE COP 20 IN LIMA

Die peruanische Metropole, Hausherrin des Mega-Events im Dezember 2014, gehört zu den meist verschmutzten Hauptstädten Lateinamerikas – und das Land zu den weltweit am stärksten vom Klimawandel betroffenen Ländern.

Das Bündnis der Indigenen Organisationen von Peru (Pacto de Unidad de Organizaciones Indígenas del Perú) verweist darauf, dass Peru sieben von neun Gefährdungskriterien erfüllt, die von den Vereinten Nationen katalogisiert wurden:

- Peru hat eine sehr lange Küste (Pazifischer Ozean),
- Peru hat Wüsten und Halbwüsten, große Waldregionen und Zerstörung des Regenwaldes,
- Peru ist gefährdet durch große Überschwemmungen, Trockenheit und weitere Wüstenbildung,
- Peru ist prädestiniert für Naturkatastrophen,
- Peru hat ein fragiles Gebirge und ist erdrutschgefährdet,
- Peru hat eine hohe Konzentration von Schadstoffen in den Städten,
- Peru ist wirtschaftlich abhängig von seinen Rohstoffen und fossilen Produkten.

Die peruanische Regierung rechnet damit, dass der Klimagipfel mehr als 98 Millionen Dollar kostet, wovon etwas mehr als 20 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (PNUD), der EU, den USA, Kanada u.a. beigesteuert werden. Die erwarteten RegierungsvertreterInnen und TeilnehmerInnen der Klimakonferenz (BeraterInnen, Wissenschaftler, Experten, Umweltschützer, Indigene, JournalistInnen, BeobachterInnen) lassen ca. 120 Millionen Dollar im Land und die Delegationen werden, wie der peruanische Umweltminister erwartet, mit Zusagen in Höhe von 450 Millionen Dollar für Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen ankommen. (Info región 6.10.14)

Die EU wird mit Personal ebenso vertreten sein wie alle ihre Mitgliedsländer. Yrjö Mäkelä, Chef für internationale und inter-institutionelle Angelegenheiten der EU-Klimaaktion, informierte sich im September 2014 bei einem Besuch in Peru über die COP 20- Vorbereitungen. Gegenüber dem Amtsblatt El Peruano äußerte er sich begeistert über die organisatorischen und inhaltlichen Qualitäten seiner Gesprächspartner bei der peruanischen Regierung und bezeichnete das Land als hervorragend und fortschrittlich im Bereich Klimaschutz. Besonders gefiel ihm dabei das große Verantwortungsgefühl der Regierung. (El Peruano 9.9.2014)

PERU: ROLLE RÜCKWÄRTS

Man könnte ja auch meinen, dass bei der internationalen Aufmerksamkeit, die Peru dank der COP 20 genießen wird, die Regierung des Landes besonders sensibel und positiv den grünen Umweltteppich für die Gäste aus aller Welt ausbreitet. Mitnichten.

Sie beschloss ein Gesetzespaket zur Lockerung von Umwelt- und Sozialauflagen, um der Wirtschaft noch größere Schlupflöcher als bisher zu verschaffen (El paquetazo Castilla: Ley 30230). Auf die international vorgesehenen Umweltverträglichkeitsstudien kann z.B. verzichtet werden, wenn ein Vorhaben extraktiver Industrie als von "nationalem Interesse" eingestuft wird. Ein erfolgreich von der Regenwaldbevölkerung abgelehntes Riesenstaudammprojekt (Pakitzapango), das ca. 10.000 Menschen vertrieben und 90.000 Hektar Wald unter Wasser gesetzt hätte, wird wieder aufgelegt. Dazu kommt, dass die vom peruanischen Staat übernommene Verpflichtung zur Vorabkonsultation indigener Völker (ILO-Konvention 169) bei sie betreffenden Vorhaben ausgehöhlt wird:

Sie leistet sich einen Umweltminister, Pulgar Vidal, der selbst an der Aufweichung der Umweltstandards mitarbeitete, so dass Peru nicht einmal mehr die Standards einfordern kann, die die USA bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen USA-Peru gefordert hatten.

Neben dieser Aufweichung qua Gesetzespaket gibt es andere massive Umweltsünden: So kritisieren nicht nur UmweltschützerInnen, dass neben den zahlreichen legal operierenden Bergbauunternehmen weitere tausende illegale in den Anden und im Regenwald so agieren können, dass Verseuchung von Boden, Luft und Grundwasser drastische Ausmaße angenommen haben. Das Land ist auch weltweit führend in der Produktion von Cocablättern; problematisch ist die Verarbeitung zu Kokain: die dafür benötigten hochgiftigen Chemikalien richten im Regenwald große Schäden an. Man fragt sich auch, wie es sein kann, dass mehr als 90% der aus Peru exportierten Edelhölzer aus illegalem Holzeinschlag stammen.

Auch werden immer weniger kollektive Landtitel für indigene Gemeinden vergeben – und das hat System: Auf Gemeinschaftsflächen im Hoch- und Tiefland ist der Zugriff durch (Bergwerks-)Konzerne wesentlich komplizierter; nun werden mit erheblicher finanzieller Unterstützung der Weltbank Besitztitel für Parzellen an Kleinbauern vergeben. Damit ändern sich die rechtlichen Grundlagen für die Nutzung des Landes, es wird veräußerbar. Außerdem wird versucht, die indigene Bevölkerung quasi "wegzudefinieren", um lästige verbrieft Rechte wie die Vorabkonsultation loszuwerden oder zu umgehen. So verlautbarte ein Minister, Indigene im Regenwald,

die ein Handy nutzten, seien keine Indigenen. Und Regenwald-AktivistInnen und UmweltschützerInnen werden im besten Fall öffentlich als naive Spinner oder Investitionsfeinde diffamiert, nicht selten aber auf der Grundlage neu erlassener passender Gesetze aus dem Verkehr gezogen.

Politische BeobachterInnen in Peru verwenden Begriffe wie Januskopf, Doppel-Diskurs, Phänomen der zwei Gesichter, wenn sie das Verhältnis von Rhetorik und Verhalten der Regierung charakterisieren – oder man liest gar vom lächelnden Gesicht des Klima- und Umweltschutzes auf der einen und dem Gesicht des schleichenden Todes der indigenen Bevölkerung auf der anderen Seite.

ABHOLZUNG, MODERNISIERUNG UND DIE FOLGEN

Nach Überzeugung der indigenen Völker ebenso wie der meisten anreisenden Umwelt- und Sozialfachleute ist dem Klimawandel und seinen Folgen nicht mit den Instrumentarien beizukommen, wie sie eine Mehrheit von Regierungen verabschieden möchte. Denn der Fehler läge im System.

Am Beispiel des amazonischen Regenwalds verweist Pedro Tipula vom Amazonischen Netzwerk für Umweltinformationen (RAIS) auf die kapitalistische Waldnutzung als Konzept und Ursache von Abholzung und Vernichtung. Zwischen 2000 und 2010 verschwand so eine Fläche von ca. 240.000 km² (das entspricht in etwa der Fläche von Österreich, der Schweiz, Bayerns und Baden-Württembergs zusammen) zugunsten von extraktiver Industrie (Erdöl, Gold, Erdgas etc.), landwirtschaftlicher Nutzung, Straßenbau, Staudämmen. Derzeit sind mehr als 400 Wasserkraftwerke / Staudämme an Urwaldflüssen in Betrieb, weitere 150 sind vorwiegend in Kooperation mit Brasilien und für den brasilianischen Markt geplant. Im gleichen Zeitraum verschwanden an die 400.000 Hektar Wald für den Cokaanbau (zu 95% für die Produktion von Kokain) und mehr als 100.000 Hektar für Palmölplantagen. Flüsse werden zu schwarzen, stinkenden Kloaken. Die Jahre 2005 und 2010 waren extrem regenarm, Flüsse trockneten aus und es kam zu verheerenden Waldbränden – allein dadurch gelangten nach Schätzungen von Experten des University College London ca. 4 Gigatonnen des Treibhausgases Kohlendioxid in die Atmosphäre.

Die Wachstumsprojekte und damit auch die Klimaerwärmung lassen dem Regenwald kaum noch Zeit sich zu erholen. (Pedro Tipula, La Amazonía se queda sin agua y sin árboles, in: Megaproyectos, Blog Archive 8.8.2014)

In die Vorüberlegungen zur COP 20 brachten die brasilianischen Meteorologen Carlos und Antonio Nobre weitere Fakten bezüglich der Auswirkungen der Abholzung des amazonischen Regenwaldes auf weite Landstriche Lateinamerikas ein: Regen und Trockenheit geraten "aus dem Ruder". Betroffen von Wassermangel waren bzw. sind größere Teile Brasiliens mit dem Wirtschaftszentrum Sao Paulo, Teile Argentiniens (Region Buenos Aires), große Teile der Anden in Kolumbien Ecuador, Peru, Bolivien sowie Teile der Karibik.

Eines von hunderten von Beispielen: Die BewohnerInnen in der Urwaldstadt Tingo Maria in Peru beklagen sich immer öfter über Stromausfälle. Strom wird durch Wasserkraft im Fluss erzeugt. Der Regenwald ist in dieser Region stark abgeholzt worden. Die Folge: Es regnet weniger, es gibt weniger Energie, aber auch weniger Wasser aus dem Wasserhahn, oft nur kurz am frühen Morgen.

Die Meteorologen rufen in Erinnerung, dass ein großer Baum mit einem Blätterdach von ca. 20 Metern Durchmesser täglich ca. 1.000 Liter "Wasserdampf" in die Atmosphäre abgibt. Bei 400 bis 600 Millionen Bäumen im amazonischen Regenwald erzeugen diese täglich ca. 20 Milliarden "Wasserdampf". Unsichtbar zirkuliert so zwischen dem Regenwald und der Atmosphäre ein riesiger "Fluss", größer als der Amazonas. Dieser Wolkenstrom regnet täglich ca. 17 Milliarden Tonnen Regen im pazifischen Ozean ab. Dieser Regenkreislauf ist inzwischen stark gefährdet.

Dass der Klimawandel menschengemacht ist, ist wohl kaum ernsthaft zu bestreiten. (AIDSESEP Info 21.8.2014)

Fest steht auch, dass Klimawandel und soziale Konflikte wie zwei Seiten einer Medaille sind, sowohl bei der Entstehung als auch bei den Folgen. Bei extraktiven Großprojekten oder im Fall von Landraub / Landgrabbing wird der Zusammenhang schnell deutlich. Wenn z.B. Menschen im Hochland Klimaflüchtlinge, also Opfer, werden und sich im Regenwald niederlassen, gehen sie aus Unkenntnis anders und aggressiver mit den Ressourcen um, als der Wald verträgt. Sie werden quasi Täter; verschlechtern die natürliche Lebensqualität aller – und der Konflikt zwischen den Ansässigen und den Zuzüglern ist vorprogrammiert.

Lateinamerika hat seine Rolle als Rohstofflieferant enorm ausgebaut, die sozialen und ökologischen Folgen sind offensichtlich.

WACHSTUM MIT QUECKSILBER IN DER SUPPE

“Wirtschaftliches Wachstum mit dem Ziel, höchste Rentabilität für die Kapitalgeber zu erreichen, bringt keine soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Wir Asháninka im zentralen Regenwald Perus sind nicht gegen Entwicklung, wenn sie hilft, dass wir Menschen ein würdiges Leben in Verantwortung für Mensch und Umwelt führen können. Die Herren Kapitalinvestoren sollten so handeln, wie sie dies in ihrem eigenen Haus tun würden, wo ihre Kinder, Frauen und Haustiere leben.

Würden sie dort erlauben, dass in der Suppe Quecksilber schwimmt und aus der Dusche Erdöl fließt, oder dass ihre Kinder im chemieverseuchten Pool baden? Sicher nicht.

Sie und unsere politisch Verantwortlichen betrachten leider alles mit ihren Dollar-Augen.

Sie leben nicht in dieser Realität mit vergiftetem Boden und verschmutzten Flüssen. Wir, die Menschen in den Anden und im Regenwald, wir sind es, die mit Quecksilber, Zyanid oder ausgelaufenem Erdöl in den Flüssen und im Boden leben müssen. Wir sind es, die wegen der Abholzung für Exportplantagen hungern, die wegen Staudämmen vertrieben werden, im Auftrag der Holz- oder Drogenmafia von Killern ermordet werden.

Für uns ist also sehr wichtig, FreundInnen und PartnerInnen zu haben, auch in Deutschland, wie Euch in München, die uns dabei unterstützen, unsere Lebensbasis, den amazonischen Regenwald, für ein gutes, friedliches und gesundes Leben zu verteidigen.“(Jhenny Muñoz, Vertreterin des indigenen Volkes der Asháninka (ca. 90.000 Menschen), Satipo, Diskussionsbeitrag für den Arbeitskreis München-Asháninka des Nord Süd Forum München e.V. zum Internationalen Tag der Indigenen Völker, August 2014)

COP 20

COP 20 – WAS ZU ERWARTEN STEHT

AUF EINGEFahrenEN GLEISEN

Damit im Jahre 2015 bei der COP 21 in Paris wie verabredet das Kyoto-Protokoll fortgeschrieben werden kann, darf die COP 20 in Lima nicht als weiterer Gipfel der Appelle oder Worte daherkommen. Es müssen verbindliche Absprachen erfolgen bzw. vorbereitet werden.

Die Hauptverursacher des Klimawandels, die Industrieländer, kommen tendenziell mit Energieeinsparungszielen bei sich und anderen sowie mit Programmangeboten sog. grüner Ökonomie, Verschmutzungsrechtsgeschäften und klimafreundlicherer Technologie für Entwicklungsländer. Die Schwellenländer wollen ihre Expansion nicht gefährden; die sog. Entwicklungsländer fordern ihr Recht auf wirtschaftliches Wachstum notfalls auf Kosten von Mensch und Klima ein, wobei die Vorstellungen von der Rolle des Staates stark variieren. Und dann sind da noch, nennen wir sie: die Geduldeten; die VertreterInnen von zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen, z.B. von Indigenenorganisationen. Sie wollen andere als nur die marktbasieren Lösungsmodelle, auf die sich die Klimagipfelprotagonisten mit den transnationalen Konzernen im Rücken schon seit Kopenhagen 2010 eingeschworen haben. Auch die EU-Politik setzt zur Begrenzung des Klimawandels voll auf marktbasieren Lösungen.

Die EU-Botschafterin in Peru, Irene Horejs, kündigt an, dass die EU mit 150 PolitikerInnen und FunktionärInnen vor Ort sein wird und PolitikerInnen, UnternehmerInnen und Bevölkerung von der grünen Ökonomie überzeugen will. Bei deren Umsetzung komme der Privatwirtschaft die zukunftsweisende Rolle für die Entwicklung einer neuen und besseren Umweltpolitik zu. Bei der COP 20 würden auch alle die ausgezeichneten Geschäftsmöglichkeiten erkennen. (Agencia Andina, in: Info región 15.9.2014)

Ende Oktober 2014 schlossen die EU-Staaten in Brüssel aber einen Kompromiss hinsichtlich ihrer klimapolitischen Ansprüche: Im Vergleich zu 1990 soll der Ausstoß von Kohlendioxid bis 2030 (nur) um mindestens 40% sinken, der Anteil der erneuerbaren Energien aus Wind oder Sonne soll auf (nur noch) mindestens 27 Prozent steigen. Das dürfte die EU-Reisegruppe als Richtschnur mit nach Lima nehmen. Peru wird von der EU bei der Organisation von COP 20 mit ca. 6 Mio. € unterstützt; die Summe soll insbesondere dem sog. technischen Team zur Verfügung stehen, das auf der Grundlage des fünften UN-Klimaberichts konkrete Vorschläge für die Lima-Konferenz erarbeiten soll, deren Ergebnisse in Paris in einen umfassenden Vertrag fließen sollen.

“Peru wird die letzte Konferenz beheimaten, die vor dem Pariser Klimagipfel stattfindet. Das heißt, es müssen schon möglichst viele Vorarbeiten geleistet werden, damit wir dann in Paris 2015 die Chance haben, ein weltweites Klimaschutzabkommen abzuschließen, das ab 2020 in Kraft treten kann.“ (Pressestatement von Bundeskanzlerin Merkel anlässlich des Besuchs des peruanischen Präsidenten Humala am 14. Juli 2014 in Berlin)

Weniger verhalten formuliert der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Gerd Müller, der wegen des Pariser Gipfels den Klimaschutz 2015 von zentraler Bedeutung für die politische Agenda sieht, in seiner Rede zum Haushaltsgesetz am 10. September 2014: “Wir investieren 1,6 Milliarden Euro in Maßnahmen zum Ausbau des Klimaschutzes. Dabei geht es beispielsweise auch darum, in Indien neue und nachhaltige erneuerbare Energieformen zu nutzen. Es kann nicht sein, dass wir den Energiehunger dieser Länder, dieser Kontinente mit Braunkohle, durch Kohleverkoksung, befriedigen... Wir sagen 750 Millionen für den Grünen Klimafonds zu. Ich sage: Deutschland muss bei allen Maßnahmen Vorbild sein, es muss auf internationaler Ebene der Taktgeber für den Klimaprozess sein. Wir sind diesbezüglich zusammen mit dem Bundesumweltministerium federführend...” Bundesumweltministerin Barbara Hendricks nimmt den jüngsten Bericht des Weltklimarats von Anfang November 2014 zum Anlass, das Ziel einer deutlichen Senkung des Treibhausgasausstoßes in den nächsten 5 Jahren in Deutschland auszugeben (z.B. durch Stilllegung von Kohlekraftwerken) und Bundesforschungsministerin Johanna Wanka lobt den Weltklimabericht als die wissenschaftliche Basis für eine vorausschauende Klimapolitik der Bundesregierung. (Meldungen des Bayrischen Rundfunks, B5 aktuell, vom 2. / 3.11.2014). Auffallender als solche Äußerungen sind, insgesamt gesehen, doch die deutlichen Rufe nach draußen: Deutschland preist sich letztlich weltweit an als die Klima-Consulting mit angeschlossener Reparaturwerkstatt zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2 Grad. Wobei fraglich ist, inwieweit auf Deutschland als Taktgeber gehört wird.

VOM INTERNATIONALEN ABLASSHANDEL UND GRÜNEM ETIKETT

Nun stellt sich natürlich allenthalben die Frage, wie denn der Klimaschutz vorangetrieben und die Treibhausgasmenge verringert werden kann. Die Vereinten Nationen haben ein interessengeleitetes Konzept der verschmutzenden Länder entwickelt, den Handel mit Emissionen. Daraus entstand die Luftnummer namens Reducing Emissions from Deforestation and

Degradation (REDD) mit Variationen (REDD+ u.a.m.); sprich Mechanismen, um übermäßige Verschmutzung durch Projekte auszugleichen. Der Fachjournalist Oscar Guerrero Bojorquez fasst zusammen, dass mit solchen Maßnahmen unter Vormachtstellung des *Marktes* Wirtschaftswachstum bei geringerem CO²-Ausstoß erzielt werden soll, ohne in größere Konflikte mit denjenigen zu geraten, die für den meisten CO²-Ausstoß verantwortlich sind.

Im Kyoto-Protokoll wurde festgehalten, welche Treibhausgasmenge ein Land ausstoßen darf. Für diese Menge erhält jedes Land Emissionszertifikate (Assigned Amount Units – AAUs). Stößt ein Land weniger aus, als ihm zugestanden wurde, kann es seinen „Weniger-Ausstoß“ verkaufen. Stößt es mehr als vorgesehen aus, muss ein Land von einem anderen Zertifikat(santeil)e zukaufen.

Es gibt noch weitere Instrumente und internationale Programme, um mehr Treibhausgase ausstoßen zu können, anstatt sie einfach einzusparen; z.B. den Clean Development Mechanism (CDM) und die Joint Implementation (JI).

Der CDM (Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung) bedeutet im Kern, dass Industrieländer in Entwicklungsländern in grüne Vorhaben investieren und die dadurch zu erwartende Treibhausgaseinsparung dem eigenen Emissions-Konto gutschreiben. Dieser Ablasshandel soll zum einen den Industriestaaten ermöglichen, ihre „Treibhausschuld“ kostengünstig zu reduzieren und gleichzeitig zur – das Wort ist arg strapaziert – nachhaltigen Entwicklung in sog. Entwicklungsländern beitragen.

Schwachstellen sieht beispielsweise Juliane Voigt (Carbon Market Watch, Indien) darin, dass international nicht festgelegt ist, was denn solche Projekte ausmacht. Das definieren die Empfängerländer nach eigenem Gusto, und man darf skeptisch sein, wenn die Finanzierung angeblicher oder tatsächlicher Klimaschutzprojekte durch internationale Großbanken oder die Weltbank erfolgt. So haben es z.B. sechs Kohlekraftwerke geschafft, als CDM-Klimaschutzprojekt registriert zu werden. In anderen Projekten (Nr. 3690 in Singrauli, Indien) gab es Übergriffe auf DemonstrantInnen, gewaltsame Umsiedlungen etc. Dabei zählt der Aspekt Einhaltung der Menschenrechte zu den CDM-Standards. (Juliane Voigt, in: Forum Umwelt und Entwicklung 2/2014)

Es gibt durchaus CDM-Projekte mit höheren Standards. Dennoch fordern und erwarten viele, dass bei der COP 20 der CDM-Mechanismus reformiert wird. Kritiker verweisen auf die Doppelmoral der internationalen Finanzorganisationen. Diese geben mit der einen Hand Geld aus, um den Klimawandel zu „bekämpfen“, mit der anderen finanzieren sie die Ausbeutung fossiler Treibstoffe (Erdgas, Petroleum usw.).

Die EU unterhält noch eigene Emissionshandelssysteme zur Verringerung des Treibhausgasausstoßes. Tatsache ist, dass mit den Zertifikaten spekuliert wird. Sie werden gekauft und wieder verkauft. Und so bleibt nicht nur die Frage, wie zielführend das alles ist.

“Hier wurde künstlich ein Markt geschaffen, mit dem der kapitalistische Kreislauf von Investition, Gewinn und Reinvestition am Laufen gehalten wird und mit dem in Zukunft weiteres Wachstum generiert werden soll. Da uns jedoch diese Marktlogik überhaupt erst in die Situation gebracht hat, in der wir heute sind, erscheint es reichlich absurd, genau auf diese Kräfte zu setzen, um den Klimawandel aufzuhalten”. (Markus Bauhof, in: ila 322 / 2010)

Die reichen Länder werden bei der COP 20 alles daran setzen, solche Programme der herrschenden Marktlogik durchzusetzen und als grüne Ökonomie oder neue Ökonomie zu verkaufen.

Was ist REDD und was ist REDD+

In der BMZ-Broschüre: Ready for REDD, Referat für Umwelt und nachhaltige Ressourcennutzung, 2011 ist zu lesen: REDD (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) hat umfangreiche Reduktionen der Treibhausgasemissionen (die bei der Zerstörung von Wäldern entstehen) in Entwicklungsländern zu vergleichsweise niedrigen Kosten zum Ziel. Die Grundidee ist, an nationale Regierungen und lokale Akteure in Ländern mit tropischen Wäldern für mess- und überprüfbare Emissionsreduzierungen Kompensationszahlungen zu leisten.

Redd+ geht über Waldschutzmaßnahmen hinaus und umfasst auch die Erhöhung des Kohlenstoffvorrats in Wäldern, zum Beispiel über verbesserte Waldbewirtschaftung, Rehabilitierung von Wäldern und Aufforstung.

[Anmerkung der Hg.: Verbesserte Waldbewirtschaftung bzw. Aufforstung ermöglicht durchaus auch Plantagenwirtschaft und Wiederaufforstung, auch wenn vorher der Primärwald abgeholzt wurde.]

Wald ist nicht gleich Wald

Gerade wenn wir die von offizieller Seite favorisierten bzw. forcierten Modelle wie REDD & Co. betrachten, die sich auf die tropischen Wälder der sog. Entwicklungsländer beziehen, ist, auch um die REDD-Skepsis und Sorge der betroffenen einheimischen Bevölkerung nachvollziehen zu können, der Begriff Wald / Regenwald wenigstens blitzlichtartig zu beleuchten: Wenn in internationalen Konsultationen oder Abkommen die Rede von Wald ist, liegt meist die FAO-Definition zugrunde, derzufolge Wald eine Fläche von mehr als 0,5 Hektar mit einer Bedeckung durch Baumkronen von mindestens 10 Prozent und Bäumen ist, die mindestens 5 Meter hoch wachsen.

Zu Recht kritisieren OroVerde und andere an dieser Definition, dass sie die Zusammensetzung der Baumarten außer acht lässt und damit sogar Monokulturplantagen zu Wald geadelt werden können, sogar, wenn dieser abgeholzt wurde, um fragwürdige Plantagen (z.B. für Palmöl) anzulegen. Somit könnten im Zug von CO²-Verringerungs-Programmen Mittel aus den Kompensationsfonds kontraproduktiv ausgegeben werden: an die profitgeleiteten Waldvernichter. Naturwald ist ein natürlich gewachsener oder natürlich wiederhergestellter Wald mit einheimischen Arten und größerer Artenvielfalt. (Waldinvestments, OroVerde 2014)



AUF ZU NEUEN UFFERN? POSITIONEN AUS DER POLITIK EINIGER LATEINAMERIKANISCHER LÄNDER

Nicht nur die Vertreter der Industrieländer treten hier auf den Plan:

Um den ehemaligen mexikanischen Präsidenten Felipe Calderón herum, in seiner Regierungszeit eifriger Verfechter des Neoliberalismus und jetzt Präsident der Green Growth Action Alliance sowie Mitglied des Advisory Council of the World Business Council for Sustainable Development, werden in Vorbereitung der COP 20 Vorschläge zu grünen Investitionen ausgearbeitet. Mitstreiter sind neben dem peruanischen Umweltminister Manuel Pulgar Vidal leitende Manager kapitalkräftiger Investoren im Bereich marktbasierter Mechanismen zum Klimaschutz (REDD etc.). Ihnen ist wichtig, öffentliche wie private Akzeptanz für die Treibhausgasreduktion zu schaffen und sie möchten ein Programm Verantwortlicher Investition durchsetzen. Der COP vorgelagert wurde ein internationales Symposium, um die privatwirtschaftlichen Chancen und Möglichkeiten des Klimawandels darzustellen. Neue Maschinen, Gebäudesanierungen etc. sind ein Aspekt, daneben geht es darum, wie sich mit den international aufgelegten Programmen wie REDD gute und beste Geschäfte machen lassen. Zum Beispiel mit einer als nachhaltig propagierten Regenwald-Bewirtschaftung.

Es steht zu erwarten, dass sich hier der Zynismus wiederholt, mit dem Calderón aufgefallen ist, als er formulierte, Hunger sei der größte Feind der Wälder. Er meinte damit nicht den Hunger der Industrie- und Schwellenländer nach Rohstoffen wie Erdöl, Gold oder Soja; auch nicht den der Drogen- und Holzmafia, nein, er meinte damit, dass die arme Landbevölkerung die Tropenwälder vernichtet. (Ministerio del Ambiente Perú 27.8.2014 und Inforegión 3.9.2014)

Die Position Boliviens, einst klar für Mechanismen wie REDD auf der Basis von marktorientierten Anreizen, änderte sich 2006 unter Präsident Evo Morales: Solche Programme, wird gerügt, beruhen auf der Vorstellung, die Natur wirtschaftlich zu verwerten. Außerdem wälzten damit die Industrieländer ihre Verantwortung auf andere ab und verabschiedeten sich aus ihrer historischen Verpflichtung. Bei der Konferenz der Völker zum Klimawandel im Jahr 2010 kritisierte die bolivianische Delegierte den REDD-Mechanismus als Vergewaltiger der (indigenen) Völker und ihres Rechts auf freie, vorherige und informierte Zustimmung zu sie betreffenden Angelegenheiten sowie als Verstoß gegen die Rechte und Kultur der Dorfgemeinschaften. Zwei Jahre später legte die bolivianische Regierung der internationalen Gemeinschaft ihren Plan für Klimagerechtigkeit vor, der sich (in Verbindung mit einem Grünen Fonds) nicht marktorientiert richtete auf: nachhaltige Waldbewirtschaftung, vorbeugende Maßnahmen gegen

den Klimawandel, Klimawandelanpassungsmaßnahmen für integrale Entwicklung. Die REDD-Gremien akzeptierten 2013 die bolivianischen Vorschläge und so zeigt das Beispiel, dass ein Land für Klimaschutzmaßnahmen auch dann REDD-Gelder erhalten kann, wenn es den Regenwald nicht abholzt und ihn die darin lebenden Menschen weiterhin nutzen können. Ob deshalb der Schutz von Regenwaldvölkern und Regenwald funktioniert, ist eine Frage der Praxis. Bolivien wird im Rahmen der COP die Schaffung eines Panels für traditionelles indigenes Wissen vorschlagen.

Costa Rica verfolgt eine Doppelstrategie. In einigen Landesteilen findet Plantagenbewirtschaftung mit enormen sozial- und umweltschädlichen Folgen statt. Besonders zu nennen ist die im großen Stil betriebene, chemikalienintensive Ananas-Produktion (Costa Rica ist Export-Weltmeister). In anderen Regionen, im Regenwald, findet (auch wegen des Tourismus) weniger Abholzung statt. Seit 1997 wird ein Konzept zum Wasserschutz, Erhalt der natürlichen Schönheit und biologischen Vielfalt sowie zur Verringerung des CO²-Ausstoßes angewendet und auch von indigenen Organisationen in Costa Rica akzeptiert: Der Staat bezahlt Waldbesitzer dafür, dass sie den Wald schützen. Besitzer sind auch indigene Dorfgemeinschaften, wenn sie offizielle Landtitel haben. Die offensichtliche Zurückhaltung der Regierungen Costa Ricas, wenn es darum geht, den indigenen Gemeinschaften Landtitel zu erteilen, erleichterte allerdings die legale und illegale Landnahme von ca. 40% des ursprünglich indigenen Territoriums.

Die Strategien der REDD-Projekte in Costa Rica setzen verstärkt darauf, dass aus REDD-Mitteln Geld für den Erhalt des Waldes und seiner Servicefunktionen (pagos por servicios ambientales, PSA) ausbezahlt werden kann.

Ob in Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Ecuador, Honduras, Kolumbien, Mexiko oder Peru, die Liste der REDD-Projekte in Lateinamerika ist inzwischen kaum noch überschaubar, nicht nur wegen der Menge, sondern weil einige Projekte in einer Grauzone agieren.

Die offiziellen Positionen bewegen sich zwischen klarem Ja und ambivalenter Haltung zu den verschiedenen REDD-Mechanismen bis hin zu entschiedener Ablehnung. Etwas deutlicher fragte der venezolanische Präsident Maduro beim UN-Klimagipfel im September 2014 in New York die Großmächte: "Wie lange noch sollen uns kapitalistische Lösungen innerhalb dieses alten, zerstörerischen Systems angeboten werden, um Probleme zu bewältigen, die es in den vergangenen 100 Jahren selbst geschaffen hat?" (Junge Welt 25. 9. 2014). Obwohl Maduro Venezuelas

Verpflichtung zu einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung bekräftigte und Erfolge aufzählte, wird die offizielle venezolanische Delegation bei der COP 20 die Integration des bisherigen Umweltministeriums in ein neu geschaffenes Ministerium für Ökosozialismus, Habitat und Wohnen verteidigen müssen. Kritiker befürchten, dass nunmehr soziale Entwicklung und Umweltschutz gegeneinander ausgespielt werden. (Red ARA Venezuela, in: Servicios en Comunicación Intercultural Servindi 8.9.2014)

ZUM BEISPIEL PERU

REDEN UND TUN – DER GROßE UNTERSCHIED

Das gastgebende Land der COP 20 wird hier ausführlicher dargestellt.

Während seine politisch Verantwortlichen durchaus wortreich feststellen, dass Peru zu den vom Klimawandel am stärksten betroffenen Ländern gehört; präsentieren sie kein Konzept dagegen. Noch schlimmer.

Peru: Gesetze für den Ausverkauf des Landes

César Gamboa, Koordinator des peruanischen zivilgesellschaftlichen Bündnisses zur COP 20 rechnet vor, dass Peru in den nächsten 10 Jahren zur Eindämmung der Klimawandelfolgen mindestens 3 Milliarden € investieren müsste. Das Netzwerk erwartet, dass zwar der Umweltminister viele nette Ideen vortragen wird, die starken Ministerien aber (Wirtschaft & Finanzen, Energie & Bergbau, Land- & Wasserwirtschaft) sowie Präsident Humala real nichts zulassen werden. (Diario Gestión, Lima 25.8.2014) Dieser beschwor in seiner Rede beim New Yorker Klimagipfel, angesichts des Klimawandels die Nachhaltigkeit unseres Planeten zu sichern – gleichzeitig werden in Peru mit dem neuen Gesetzespaket (Nr. 30230) Investitionserleichterungen dadurch geschaffen, dass bestehende Umweltschutzbestimmungen wegfallen. Selbst das bisher hochgehaltene Eigentumsrecht wird ausgehebelt. Wenn peruanische oder internationale Konzerne es beanspruchen, kann Land von Kleinbauern oder indigenen Dorfgemeinschaften enteignet werden. Der peruanische Anthropologe Alberto Chirif spricht davon, dass der Industriellenverband CONFIEB dieses Gesetzespaket erarbeitet und auch durchgebracht hat und nennt den Auftritt Perus in New York schizophoren. (A. Chirif, in: Servindi 26.6.14)

Ähnlich deutlich weist Cooperación darauf hin, dass der peruanische Umweltminister im Juli 2014 das Nationale Handlungsprojekt angesichts des Klimawandels (ENCC) vorstellte, demzufolge Peru bis 2021 fast keine Klimagase mehr ausstößt. Dagegen werden per Gesetz alle extraktiven und kurzfristig wachstumsorientierten Exportmaßnahmen erleichtert und absurderweise alle Kontrollmechanismen zugunsten des Umweltschutzes abgeschafft. Die peruanische Regierung werde ihre Politik, die spektakulä-

ren Touristenattraktionen und die hervorragende Küche gut vermarkten und ansonsten die COP 20 nutzen, um mit möglichst vielen prominenten PolitikerInnen aus aller Welt auf ein Foto zu kommen. (Boletín Actualidad Minera del Peru Nr.184, 1.10.2014)

Es ist nicht zu übersehen. Das politische Programm der peruanischen Regierung heißt: Alles für die extraktive Industrie. Was für sie gut ist, ist gut für das Land. Sie bringt Investitionen und Entwicklung. So platt sagt es selbst der Minister für Energie und Bergbau nicht, aber dafür werden die Rahmenbedingungen geschaffen. Javier Jahncke von Red Muqui, dem Netzwerk für Vorschläge und Aktionen, hat die Regierungspläne für diesen Bereich analysiert. Eine neue interministerielle Kommission soll für neue Impulse für den Energie- und Bergbausektor sorgen. Sie soll konkrete Maßnahmen vorschlagen und umsetzen, um Investitionen in die extraktive Industrie und die Energiewirtschaft (Bau von Großstaudämmen) voll und ganz zu unterstützen. Im Bergbau, der als Entwicklungsmotor betrachtet wird, werden in den kommenden Jahren Investitionen in Höhe von ca. 60 Milliarden Dollar erwartet. Das wird mit Entwicklung gleichgesetzt und diese hat oberste Priorität. Bisher vertraten, wie auch in der Europäischen Union, hochbezahlte Lobbyisten die Interessen ihrer Auftraggeber in der Politik hinter den Kulissen – nun ist geplant, dass die Rohstoffindustrie ihre Vorschläge und Forderungen direkt und offen beim Ministerium einreicht. Deren Kernforderungen sind bekannt: erleichterter Zugang zu Land in den Anden und im Regenwald, wo die Rohstoffvorkommen lagern, und weg mit den Umweltschutzvorschriften.

Der Weg dahin wird schon beschritten. Im August 2014 stellte das Ministerium für Energie und Bergbau (MINEM) neue Vorschriften zum Umweltschutz bei Wasserkraftwerksvorhaben vor. Bisherige Schutzbestimmungen werden außer Kraft gesetzt. Vor Probebohrungen im Meer, an der Küste und in den Bergen entfallen die Umweltverträglichkeitsstudien. In Fällen von nationaler Bedeutung, Notfall genannt, können ohne Rücksicht auf Umweltstandards Vorarbeiten durchgeführt werden. Die sonst einzuschaltenden Fachbehörden (Nationales Büro für Wasseraufsicht, das Büro für Naturschutzgebiete, SERNANP, und die Abteilung für Indigene Angelegenheiten im Kultusministerium) bleiben dann außen vor. Damit spielt auch keine Rolle mehr, wenn im Regenwald unkontaktierte indigene Gruppen durch Vorhaben gefährdet sind und die von Peru ratifizierte ILO-Konvention 169 verletzt wird. Diese legt das Recht indigener Gemeinschaften auf vorherige, freie und informierte Zustimmung zu sie betreffenden Vorhaben fest (Vorabkonsultation). Gegen mögliche Kritik an diesen neuen Vorschriften bietet auch gleich das Wirtschafts- und Finanzministerium Flankenschutz: Dank dieser Modernisierungs- und Wachs-

tumsregeln kämen zwei Milliarden Dollar Investitionen ins Land und natürlich Arbeitsplätze und Geld für die Entwicklung. (Boletín Red Muqui 9/ 2014)

Peru: Unkontaktierte Indigene in Gefahr

Doch auch im amazonischen Regenwald Perus gibt es Regionen, in denen in freiwilliger Isolation nicht kontaktierte Indigene leben, z.B. die Mashco-Piros in Madre de Dios. Sie sind durch große und kleine Brutalitäten existenziell gefährdet. Zu den großen Brutalitäten gehört, dass ihre Heimat, ihr Territorium, von der peruanischen Regierung nicht als sicheres Schutzgebiet ausgewiesen wird. Erdgas- und Erdölfirmen bis hin zur staatlichen Pluspetrol sowie Holzfällertrupps dringen ein.

Ein weiteres Drama spielt sich bei den Matsigenga-Nanti in der Nähe des Manu-Nationalparks ab, wo Erdgas gefördert wird (Lote 88 – Gas Camisea, Fitzcarrald). Die peruanische Nichtregierungsorganisation CONAP, die sich selbst als Verband indigener Organisationen bezeichnet, setzt, ebenso wie die Dominikaner der Missionsstation im Distrikt Kirigueti, alles daran, das Schutzgebiet Kugapakori Nahua Nanti aufzulösen. James Anaya, Beauftragter der Vereinten Nationen für die Rechte indigener Völker, fand wie viele andere scharfe Worte gegen diese Absicht. Obwohl die peruanische Regierung verkünden lässt, dass dieses Schutzgebiet nicht angetastet würde, schafft Pluspetrol Fakten und arbeitet sich weiter im Regenwald vor. Die Dominikaner arbeiten mit der staatlichen Erdgas-Firma zusammen und verwalten, wie sie sagen, für die Indigenen die Mittel, die diesen aus dem Topf der Bergbauabgabe (canon minero) zustehen. (Asociación Perú Equidad 16.4.2014)

Die kleinen Brutalitäten sind, dass PeruanerInnen konsterniert sind und sich dafür schämen (inkl. der Politiker Vargas Llosa), dass so Rückständige in Peru leben. Probleme machen, wie früher in anderen Regenwaldregionen, Missionare evangelikaler Kirchen, die den ungläubigen Wilden den wahren Gott bringen wollen. Problematisch sind (die verbotenen) Safari Tours im Fluss Yanayacu (Manu-Nationalpark bzw. der Reserva Comunal Amarakaeri), um die Wilden zu fotografieren. Dazu kommen Touristen, die Kleidung, Essen, Coca Cola, Bier und Kinderspielzeug am Strand auslegen. Damit besteht die große Gefahr, die Indigenen mit Krankheiten anzustecken, gegen die sie nicht immun sind. (Facebook FENAMAD 8.9.2014)

Verächtlich klingt es, wenn Reuters berichtet, dass diese "Indios" bis auf einen Penischutz (taparrabos) nackt seien und ihre Sprache sich wie Papageiengekrächze anhöre. Auch sie aus ihrem Zustand zu erlösen und sesshaft zu machen, wie dies Missionare beabsichtigen, dürfte ein Irrweg sein.

Die beste Unterstützung ist sicher, die peruanische Regierung dazu zu bewegen, diese Territorien endlich als Schutzgebiete auszuweisen und damit ausreichend Fläche für die Unkontaktierten zu sichern. Derzeit schrumpft diese Fläche wegen der Konzerne und Holzfäller. Dem entgegenzuwirken, wäre doch, auch in Hinblick auf COP 20, eine echte Klimaschutzmaßnahme, denn, so argumentiert der Dachverband der indigenen Organisationen Amazoniens, die COICA, indigene Völker sind aufgrund ihrer Abhängigkeit vom Wald auf die nachhaltige Nutzung desselben angewiesen und nicht für die heutige großflächige Zerstörung verantwortlich.

Peru: Großstaudämme und Wasserkraftwerke

Die auf den Regenwald gerichteten Begehrlichkeiten der Hauptstadtpolitiker (aber auch deren Ignoranz) werden klar und verständlicher, wenn man einen Blick auf die Karte Perus wirft und dort sieht, welche Flächenverhältnisse zwischen Küste, Gebirge und tropischem Wald bestehen. Aus Sicht nicht weniger der etwa 9,5 Millionen Städter in der Küstenstadt Lima ist die Selva riesig und von Spinnen und Schlangen bewohnt. Ausgerechnet zur COP 20 kündigte der Energie- und Bergbauminister eine Offensive zum Bau von 76 neuen Wasserkraftwerken, vor allem an den Regenwaldflüssen, an. Das sei Bestandteil des Klimaschutzprogramms (Plan CC) und ein Beitrag zur sauberen Energiegewinnung.

Mit einem Griff in die Mottenkiste soll auch der schon ad acta gelegte Plan reaktiviert werden, bis 2021 auf dem Territorium der Asháninka am Ene-Fluss im amazonischen Regenwald den Mega-Staudamm Pakitzapango zu bauen. Das Großprojekt sollte für die Aluminiumproduktion im brasilianischen Bundesstaat Acre Energie bereitstellen, wofür ca. 10.000 Menschen vertrieben und ca. 90.000 Hektar intakter Regenwald überflutet werden sollten. Nach jahrelangem zähen Ringen konnte 2012/13 (unterstützt auch von deutschen Regenwaldgruppen) die regionale Asháninka-Organisation CARE das Vorhaben abwehren. Nun wird der Kampf wieder beginnen. Peru hat schließlich die problematischen Auswirkungen von Großstaudämmen auf Mensch und Umwelt im eigenen Land ständig vor Augen.

Peru: Regenwald, Objekt der Begierde

Peru arbeitet noch an einem regulatorischen Rahmen für Waldschutzprojekte und an der nationalen REDD-Strategie, aber es gibt bereits rund 40 solcher Projekte im peruanischen Regenwald. AIDSESP, Dachverband indigener Völker Perus, betrachtet die Entwicklung mit zunehmender Sorge. Sein Präsident Alberto Pizango drängt daher auf die Erteilung von Landtiteln für 20 Millionen Hektar kollektiven indigenen Territoriums, die noch aussteht. Nur so lasse sich der Ausverkauf des Waldes verhindern. REDD-Projekte bevorzugen der Einfachheit halber private Landbesitzer.

Sind aber Dorfgemeinschaften mit Nutzungsrechten die PartnerInnen, kommen gern sog. CO²-Piraten und andere Betrüger ins Spiel: Sie versprechen dem Ort z.B. eine Schule oder einen Sanitätsposten, sogar offizielle Landbesitztitel, wenn sie für ein REDD-Projekt, das sie auf z.B. 40 Jahre verpflichtet, ihr Land nur auf die vorgegebene Weise zu nutzen, ihren Daumenabdruck oder die Unterschrift geben. Dass Verträge ausschließlich in Englisch und mit anderem Inhalt als angegeben vorgelegt werden, ist auch schon vorgekommen. Bei solchen Betrügereien sind auch Distrikt- oder Provinzbürgermeister sowie Personal des Nationalen Instituts für Natürliche Ressourcen (INRENA) involviert. (Oscar Guerrero Bojórquez, *El comercio del Carbono en América Latina. Respuestas Latinoamericanas a proyectos REDD +* in: Servindi 28.7.2014)

Die peruanische Regierung verfolgt ihre eigene Logik. Sie ist geneigt, private statt gemeinschaftliche Landtitel zu vergeben. Sie erhält von der Interamerikanischen Entwicklungsbank einen 50-Millionen-Dollar-Kredit, damit das Landwirtschaftsministerium MINAGRI 430.000 Kleinbauern und 100 indigenen Dorfgemeinschaften Landtitel erteilt. Da der Großteil dieser Landtitel an Neusiedler im Regenwald (colonos) für kleinere und größere Flächen gegeben werden soll, sieht AIDSESEP in diesem Projekt (de titulación y registro de tierras, fase 3, PTRT) die große Gefahr, dass sich die Kolonisierung und Zerstörung des Regenwalds noch verschärft. Mit der landwirtschaftlichen Nutzung wandelt sich auch der rechtliche (Schutz-)Status für Waldgebiete. AIDSESEP befürchtet, dass individuelle Besitztitel vergeben werden sollen, damit das Land gekauft werden kann. Daran sind die Rohstoffkonzerne interessiert.

AIDSESEP fordert deshalb dringend, mit den Kreditmitteln statt Kleinbauernförderung die kollektiven Landsicherungsmaßnahmen durchzuführen und rechtlich abzusichern: ca. die Hälfte der 1.200 Dorfgemeinschaften benötigen noch die offiziellen Landrechte, knapp 4 Millionen Hektar Wald müssten noch als kommunale Reserven ausgewiesen werden – die Studien dafür lägen längst vor. Darüber hinaus müssten rund 4 Millionen Hektar umgehend zu absoluten Schutzgebieten für die in Isolation lebenden Indigenen (Cataibus, Tapiche-Blanco, Yayuerana, Yavari, Masco-Piros u.a.) erklärt werden.

Geld gegen Resultate

Sollte die peruanische Regierung sich tatsächlich zu effektiven Klimaschutzmaßnahmen entschließen, könnte sie auch tatsächlich mit vielen Millionen Unterstützung von Norwegen (UN-REDD) rechnen. Würde deutlich weniger abgeholzt, erhielte sie aus dieser Norwegeninitiative bis zum Jahr 2020 300 Millionen US-Dollar. Die deutsche Umweltministerin ihrer-

seits sagte beim Klimagipfel in New York die Fortführung der bisherigen Unterstützung zu und der peruanische Präsident versprach, sein Land werde 4 Millionen Hektar Wald für indigene Dorfgemeinschaften titulieren und mit dem Geld aus Norwegen könnten weitere zwei Millionen Hektar dazukommen.

Dieser Aussage steht allerdings das Parallelprojekt der Interamerikanischen Entwicklungsbank entgegen.

Auf die Ungereimtheiten weist die Dachorganisation der Indigenen Völker in Peru, AIDSESEP, hin und bittet die Regierungen von Norwegen – und Deutschland –, sich nicht von gut klingenden Hektarzahlen beeindrucken zu lassen, sondern genau hinzuschauen. Die Direktorin des peruanischen Büros für Waldangelegenheiten (SERFOR, im Ministerium für Landwirtschaft und Bewässerung) schätzt, dass jährlich ca. 110.000 Hektar Wald abgeholzt werden. Dies entspricht ungefähr der Fläche der Stadtstaaten Hamburg / Bremen bzw. ca. viermal der Fläche Münchens. Von den 70 Mio. Hektar Wald in Peru sind ca. 7 Millionen degradiert oder zerstört, 20 bis 30% in Konzession an Gas-, Erdöl-, Holzfirmen vergeben. AIDSESEP verlangt, den Norwegen-Deal unter andere Vorzeichen zu stellen und die Mittel anders einzusetzen. Absolut vorrangig müsse die Regierung indigenen Dorfgemeinschaften Landtitel über 10 Mio. Hektar erteilen, um den Wald vor dem Zugriff und der rasanten Zerstörung durch Neusiedler zu bewahren. Agrarunternehmen hatten für den Anbau von Ölpalmen in Monokultur 200.000 Hektar Wald beantragt, hier müssten Mittel eingesetzt werden, um zu prüfen, ob die Plantagen im Primär- oder Sekundärwald geplant seien – dann dürften die Vorhaben nicht realisiert werden. Bei den Finanzverhandlungen mit Norwegen und Deutschland müsse explizit und ganz obenan das Redd+ Indígena Amazónico eingeplant werden.

Bereits vorgesehene und eingeplante 11 peruanische Schutzgebiete (6 Reservas Comunales und 5 Reservas Territoriales) dürften nicht plötzlich in die Verhandlungen mit aufgenommen und dort finanziell in Ansatz gebracht werden. Es handle sich hier um ureigenste Aufgaben der peruanischen Regierung. Die Organisationen der indigenen Völker sollten direkt eingebunden sein, mitentscheiden und nicht erst hinterher informiert werden.

Die Verträge mit der Interamerikanischen Entwicklungsbank seien zu kündigen, wenn diese nicht von ihrem zerstörerischen Vorhaben abrückt, ca. 3 Millionen Hektar Regenwald hunderttausenden von Menschen als Privatbesitz zu überschreiben. Die Geberländer sollten die Forderungen und Empfehlungen der indigenen Völker ernst nehmen und sensibel handeln. (Daysi Zapata in: AIDSESEP-Brief 180/2014 v. 16.9.2014)

Waldschutz auf peruanisch

Immer wieder kommt es zu Übergriffen gegen Indigene, wenn sie dem Staat bzw. Firmen im Weg sind, die ihre Rohstoffinteressen durchsetzen. Auch aktuell befinden sich einfache BewohnerInnen oder LeiterInnen, zum Teil ohne rechtliche Grundlage, in Gefängnissen. Aus den Anden Perus gingen viele schwerwiegende Fälle international durch die Medien. Auch im Tiefland berichten Indigene, dass sie immer mehr damit zu tun haben, unschuldig Verfolgte vor Repression und Anschlägen zu schützen.

Dennoch: Am 27.5.2013 ermordeten Killer im Auftrag der Holzindustrie den Chef der Asháninka-Dorfgemeinschaft Nuevo Amanecer Haway, Mauro Pio Peña. Drei Monate später, am 1.9.2014, überfielen und töteten Killer der Holzmafia vier Asháninka mit Kopfschüssen. Die Leichen warfen sie in den Fluss. Edwin Chota, Leoncio Quintísima, Francisco Pinedo und Jorge Rios befanden sich auf dem Weg zu Asháninka auf der brasilianischen Seite, um die gemeinsamen Probleme zu besprechen, die sich durch Übergriffe der Holz- und Drogenmafia immer wieder ergaben.

Menschenrechts- und Indigenenorganisationen verurteilten die Untätigkeit der Behörden, die Morde hätten verhindert werden können. Edwin Chota war als gewählter Vertreter seines Dorfes und des Dorfgemeinschaftsverbands Aconamac seit Jahren bei allen einschlägigen Behörden wegen der immer heftiger werdenden Konflikte mit Drogenhändlern und illegalen Holzfällern vorstellig. Seine Dorfgemeinschaft Saweto war 2003 als solche vom peruanischen Staat offiziell anerkannt; seither kämpfen die Familien bei den Behörden für ihre Landtitel (Waldnutzungsrechte). Obwohl alle erforderlichen Unterlagen vollständig beigebracht waren, erteilten die Behörden (Dpt. Ucayali) auf diesem Land zwei Holzkonzessionen, nachdem sie diesen biologisch sehr wertvollen Wald nicht als schützenswert und zur Nutzung durch die Dorfgemeinschaft, sondern als zur Abholzung eingestuft hatten. In der Folgezeit wurde Edwin Chota immer wieder mit dem Tod bedroht, wenn die Männer von Saweto den immer dreister werdenden Abtransport illegal gefällter Bäume verhindern wollten. Der regionale Dachverband in der Grenzregion zu Brasilien kämpft seit 10 Jahren unter großen finanziellen Opfern erfolglos um die Titel für die 14 angeschlossenen Dorfgemeinschaften. Der ermordete Chota beklagte noch kurz vor seinem Tod das Fehlen staatlicher Institutionen und die sich daraus ergebende praktische Schutz- und Rechtlosigkeit. Stefano Varese, ein Anthropologe, bestätigt, dass es keinerlei staatliche Schutzmaßnahmen gegen die Frevler gegeben habe und im Gegenteil die Regierung mit ihrem Gesetz Nr. 2738 (Wald und Wild) zulässt, dass große Teile des peruanischen amazonischen Regenwalds meistbietend versteigert werden können, wobei die Flächen am meisten gefährdet seien, die von indigenen

Dörfern ohne juristische Anerkennung als solche und ohne offizielle Landtitel bewohnt und genutzt würden. Ein solches Niemandsland kann im nationalen Interesse als Nutzforst eingestuft und abgeholzt werden. Es ist besonders begehrt, weil dort noch die (woanders längst entfernten) gewinnträchtigsten Edelhölzer anzutreffen sind. (Varese 13.9.2014)

Der Präsident Perus versprach den tapfer die peruanischen Wälder schützenden DorfbewohnerInnen die Unterstützung des Staates. Tatsächlich wurden Soldaten mit Hubschraubern geschickt (mit größeren Booten kam man wegen des niedrigen Wasserstands nicht voran), um die Leichen zu bergen und die Mörder zu suchen. (Sonderpolizei und Militär konnten inzwischen zwei der Hauptverdächtigen dem Ermittlungsrichter übergeben.) Der Innenminister verkündete, man müsse vor Ort schauen, was zu tun sei. Die Indigenenorganisationen haben dies allerdings schon oft gefordert: staatliche Präsenz (Polizei, Militär bei klarem und kontrollierten Auftrag) zum Schutz vor den Kriminellen, Landtitelvergabe und Vorabkonsultation bei Vorhaben in der Region. Staatliche Präsenz und Landtitelvergabe wurden inzwischen versprochen. Wie ernst es die Regierung meint, wird sich erweisen müssen.

Es gibt zahlreiche Beispiele und Belege dafür, dass immer und immer wieder intakter Regenwald abgeholzt wird, mal sind es 2.000 Hektar, mal 5.000 Hektar. Selten wird im Fernsehen berichtet, aber es gibt Ausnahmen. Für umgerechnet 0,05 Euro pro Hektar konnte die Firma Plantaciones Ucayali über das Regionalbüro des Landwirtschaftsministeriums 5.000 Hektar Regenwald in der nordwestlichen Waldgegend Ucayali kaufen. Die Firma gehört mit 14 ähnlich arbeitenden zur Unternehmensgruppe Los Malayos, die sich, um Ölpalm-Plantagen darauf anzulegen, viel Land (in Ucayali und Loreto) zusammengekauft bzw. angeeignet hat. (TV Panorama, Panamericana TV, Lima 1.9.2014)

Solche Käufe und Schnäppchen bedeuten oft nicht nur Abholzung, sondern rigorose Brandrodung und Todesdrohungen für BewohnerInnen, die nicht verkaufen wollen, sich nicht bestechen lassen oder sich gegen die Verkäufe wehren.

Das Holzgeschäft ist ein millionenschweres und es ist vielerorts in Peru (und darüber hinaus) mit dem Namen einer Unternehmerfamilie verbunden, dem der Mahagoni-Barone Bozovich, mit Niederlassungen in Mexiko und den USA. Wer sich mit dem Problem der massiven illegalen Abholzung und mit der Holzmafia befassen will, kommt an diesem Namen nicht vorbei. Dass etwa 70% der Exporthölzer aus dem peruanischen Regenwald illegal geschlagen werden, deutet auf massive und funktionierende Korruptionsketten. Die Weltbank spricht von Methoden und Mechanismen, wie sie im Drogengeschäft herrschen.

Zu erwähnen ist, dass in Perú ein neues Waldgesetz vorbereitet wird und Umweltorganisationen, WaldexpertInnen sowie indigene Organisationen aus den Anden und dem Regenwald sich positiv über den bisherigen Vorlauf zur Erarbeitung des neuen Waldgesetzes äußern.

2.500 Vorschläge und konkrete Forderungen wurden bislang eingereicht und, so Stimmen aus Peru, auch berücksichtigt. Wie man weiß, taugt ein Gesetz nur soviel, wie die Exekutive Maßnahmen zur Umsetzung beschließt, die notwendigen Mittel bereitstellt und Verstöße geahndet werden. Die Sorge von Insidern ist, dass ein schönes Gesetz zu Papier gebracht wird, sich aber in der Praxis die Vorstellungen der Industrie und der eher marktoffenen indigenen Organisation CONAP durchsetzen, den Wald möglichst ausgiebig zu "nutzen". (Monitoreo Lima 1.10.14) Dabei wissen alle, dass der effektivste Beitrag, die Treibhausgasmenge zu verringern, darin besteht, ihn einfach zu erhalten.

Nicht nur auf den Wald bezogen zeigt sich die Regierungsmannschaft widersprüchlich. Die Nahrungsmittelmesse MISTURA behandelte lobenswerterweise 2014 die COP 20-Themen Klimawandel und Schutz der biologischen Vielfalt. Für letzteren stellte das Umweltministerium explizit die kleinbäuerliche Landwirtschaft als zentral heraus. Tatsächlich stellen die Campesinos rund 81% der Bauernschaft. Aber etwa 11% der anderen Landwirte sind Industriekonzerne und Großunternehmen, die mehr als 70% der landwirtschaftlichen Nutzfläche besitzen. Und das Landwirtschaftsministerium fördert zuvorderst die exportorientierten Besitztümer, die Spargel, Weintrauben, Paprika oder Agrotreibstoff liefern. Dafür gibt es für die Kleinen dann Lob vom Umweltministerium – in einer Vitrine der Biologischen Vielfalt auf der großen Messe.

STIMMEN AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT BEIM GIPFEL

Auch die Zivilgesellschaft wird beim offiziellen Gipfel vertreten sein. Für die Regenwaldvölker ist besonders wichtig, dass sie mit dem lateinamerikanischen Dachverband COICA und dem peruanischen Zusammenschluss AIDSEP nicht nur beim Alternativen Gipfel, sondern täglich zwei Stunden lang in einem Pavillon von 120 qm Fläche auf dem offiziellen Tagungsgelände Anhörungen und Diskussionsforen ausrichten können und COICA bei den offiziellen COP-20-Verhandlungen vertreten sein wird. Diese und andere Zusammenschlüsse hoffen, sich inhaltlich Gehör verschaffen zu können. Denn ihre Sichtweisen und Positionen decken sich nicht oder nur streckenweise mit denen der Mächtigen.

Während die offiziellen Stellen die Mechanismen des Emissionshandels mehrheitlich als das Instrument schlechthin gegen die Klimaerwärmung

darstellen, gibt es aus der Zivilgesellschaft, darunter die indigenen Organisationen der Anden und des Regenwalds Lateinamerikas, teils heftige Kritik und auch alternative Vorschläge.

Im Kern geht es angesichts der Klimakrise grob um zwei Denkrichtungen. Eine ist der grüne Kapitalismus, den auch die Konzerne fördern und die andere ist die der sozialen Bewegungen: Systemwandel statt Klimawandel. Ihr liegt die Überzeugung zugrunde, dass die Logik des herrschenden Systems unweigerlich den Planeten plündert und ruiniert.

FORDERUNGEN AUS DER ZIVILGESELLSCHAFT LATEINAMERIKAS

Zahlreiche indigene VertreterInnen der verschiedenen Länder fordern, bei den Verhandlungen voll und effektiv beteiligt zu werden. Häufig ist die Position zu finden "Wir sind nicht verantwortlich für den Ausstoß von Treibhausgasen, der dem Planeten Erde so viele Probleme bereitet. Verantwortlich sind dafür die *entwickelten Länder*, die im neuen Klimaabkommen ihre Verantwortung übernehmen müssen, damit die Menschheit überleben kann." (Johnson Cerda vom Volk der Kichwa, Limoncocha, Ecuador am 1.10.14)

Der Dachverband der indigenen Organisationen aus den 8 Amazonas-Anrainerstaaten in Lateinamerika, COICA, drängt auf ein Umdenken und Umsteuern, um die Ursachen des Klimawandels in den Griff zu bekommen. Immer mehr Konsum ist nicht gleich gutes und glückliches Leben. Schluss mit der Wachstumsideologie mit ihren Produktions- und Wirtschaftszwängen, ihrem Rohstoff- und Energiehunger. Vorrang der kleinbäuerlichen, gemeinschaftlichen, nachhaltigen Landwirtschaft vor der ressourcen- und energieintensiven Agrarindustrie. Die Abholzung der (Regen)-Wälder für Agrartreibstoffe, Soja (Fleischproduktion), Erdöl, Erdgas, Gold, Palmöl, etc. muss beendet werden.

Auch keine Abholzung von Wald zugunsten von Plantagen, um diese in REDD-Projekte einzubeziehen und daraus Einnahmen aus dem Emissionshandel (CO²-Einnahmen) zu erwirtschaften. Schutz und Sicherung indigenen Territoriums bei absoluter Mitsprache der Bevölkerung und Beachtung der unterschiedlichen Lebensbedingungen.

Gefordert wird Redd+ Indígena Amazónico (RIA), wobei nicht der CO²-Ausstoß im Mittelpunkt steht, sondern der Regenwald erhalten und die indigene Bevölkerung nicht vertrieben wird, sondern ihn gemäß ihrer Kosmvision und Tradition bewirtschaften kann.

REDD+ INDÍGENA AMAZÓNICO (RIA)

Der Dachverband der indigenen Organisationen des Regenwaldes in Lateinamerika (COICA), zu dem AIDESEP in Peru gehört, betont, dass die integrale Territorialität der indigenen Völker und ihre jeweiligen Lebenspläne die beste Garantie gegen Entwaldung und für die Bindung von CO², aber auch den Erhalt anderer sog. Ökosystemfunktionen sind. Die Redd+ Indígena Amazónico Vorschläge sind inzwischen auch keine von den offiziellen und nationalen Prozessen isolierten Möglichkeiten mehr. Elemente von Redd+ Indígena Amazónico wurden vom peruanischen Umweltministerium (MINAM) und internationalen Gebern in mehrere nationalen Pläne und Strategien aufgenommen, ähnliches wird in Kolumbien verhandelt.

So enthält der 2011 genehmigte und 2014 aktualisierte peruanische Nationalplan zur Vorbereitung von REDD (RPP-Perú) nach zähen Verhandlungen seitens AIDESEP Aspekte, die sich explizit auf Redd+ Indígena Amazónico (RIA) bezogen und sogar Mittel zur Unterstützung der Landtitelvergabe im Departement Loreto vorsahen. Das am 30.10.2013 beschlossene peruanische Waldinvestitionsprogramm (PI FIP) endete nach ebenfalls zähen Verhandlungen mit der Einbeziehung von Redd+ Indígena Amazónico (RIA) und der Zuweisung von 14,5 Millionen Dollar (von 50 Millionen). Dieses Geld soll, wenn REDD-Projekte in Peru endgültig beschlossen sind, für folgende Maßnahmen, wie von AIDESEP vorgeschlagen, eingesetzt werden: 7 Millionen Dollar für territoriale Landtitel der indigenen Dorfgemeinschaften, 4,5 Millionen Dollar für Waldmanagementprojekte wie RIA im o.g. Sinne der Nicht-Zerstörung des Waldes und 3 Millionen Dollar für eine gemeinschaftliche Politikgestaltung im Forstsektor (wie z.B. forstwirtschaftliche Verwaltungsstrukturen). UNO-REDD und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) haben in enger Zusammenarbeit mit AIDESEP und dem Redd+Indígena Amazónico (RIA) Vorhaben entwickelt.

Bezüglich der COP 20 beziehen sich COICA und AIDESEP auch auf Vorschläge der COP 19, alternative und innovative Ansätze in die Klimaverhandlungen der COP 20 – auf dem Weg zur COP 21 in Paris, einzubeziehen. (AIDESEP-Webseite)

Verónica Hillipan (Confederación Mapuche del Neuquén) unterstrich die vorrangige Notwendigkeit der Sicherung indigener Territorien durch Landtitel, also verbindliche Garantien durch die Staaten. Vorrang müsse das Instrument REDD+ Indígena-Amazónico bekommen. (Centro de Culturas Indígenas del Peru Chirapaq 1.10.14)

WEITERE AKTIVITÄTEN UND FORDERUNGEN IN ZUSAMMENHANG MIT DER COP 20

Um Vorschläge für die COP 20 zu erarbeiten, lud die Regierung Venezuelas internationale VertreterInnen aus Politik, Umwelt- und Sozialbewegungen zu einem Treffen auf die Insel Margarita ein. Bei diesem PreCOP Social einigten sich die VertreterInnen der Zivilgesellschaft aus 48 Ländern darauf, den anwesenden Ministern einen Katalog mit sieben nicht verhandelbaren Kernpunkten zur Aufnahme in die Erklärung von Margarita und damit für die COP 20 mitzugeben. Als nicht verhandelbare Kernbotschaften des PreCOP Social postulieren sie:

1. Teilhabe und Mitbestimmung: Mechanismen zur Sicherstellung der unabhängigen Beteiligung der Zivilgesellschaft bei Dialogmöglichkeiten und Klimaverhandlungen
2. Globale Erwärmung: Als Ziel eine Begrenzung auf 1,5 Grad festlegen
3. Energie: Rascher und gerechter Übergang von fossilen Brennstoffen zu sauberer Energie
4. Verletzlichkeit: Entsprechende Berücksichtigung der am wenigsten industrialisierten Länder
5. Gefährliche Energie: Nein zu gefährlicher und schädlicher Energie wie Atomkraft, Fracking-Gas, Agrotreibstoffen
6. Übergänge: Die transnationalen Körperschaften (in industrialisierten und nicht industrialisierten Ländern) sollen Rechenschaft über ihre weltweite Praxis und Aktivitäten hinsichtlich des Übergangs zu nachhaltigen Produktions- und Konsummustern ablegen
7. Zustimmung: Das Prinzip der vorherigen, freien und informierten Zustimmung, insbesondere was die Rechte der indigenen Völker auf Land und Territorium (Landtitel, Zugang, Kontrolle) betrifft, ist aufzunehmen.

Die im Einheitspakt (Pacto de Unidad) zusammengeschlossenen (vor allem andinen) peruanischen Organisationen fordern wegen der sich abzeichnenden Folgen der Klimaerwärmung für Peru (Trockenheit, Waldbrandzunahme, Verlust von Fauna und Flora, Wassermangel, Rückgang landwirtschaftlicher Erträge, Schädlingsbefall, Krankheitszunahme) rasche und effiziente politische Maßnahmen. Dabei messen sie neben eng umweltrelevanten vor allem ökonomisch-sozialen und menschenrechtlichen Aspekten wesentliche Bedeutung zu. Prioritär sei, unter entscheidungsrelevanter Teilnahme der Gesellschaft auf allen Ebenen,

eine nationale Gesamtstrategie gegen den Klimawandel zu erarbeiten, in der die unterschiedlichen Kulturen des Landes ihren Platz hätten. Die verabredete Strategie müsse in finanziell ausgestattete Maßnahmen nach einem festen Zeitplan münden. Der Zusammenschluss nennt als zentrale Herausforderungen: biologische Vielfalt, Trinkwasserversorgung, Ernährung. Dazu fordert der Verband, juristisch und politisch die indigenen Territorien zu schützen um die unterschiedlichen Ökosysteme tatsächlich nachhaltig auf der Grundlage der tradierten und gemeinschaftlichen Fähigkeiten zu bewirtschaften. Die Kompetenz der lokalen Bevölkerung zur Bewältigung schwieriger Situationen müsse aufgegriffen und weiterentwickelt werden um den schlimmsten Problemen noch vorzubeugen. Letztlich müsse eine Politik betrieben werden, die ohne Schaden anzurichten zu einer Gesellschaft des Buen Vivir führe. (Propuesta de los Pueblos Indígenas frente al Cambio Climático 21.7.2014)

Die peruanischen zivilgesellschaftlichen Netze zum Klimawandel (MOCICC) und die Grupo Peru COP 20 fordern von der peruanischen Regierung konkrete Vorschläge, damit die Verhandlungen für ein neues Klimaabkommen (Paris 2015) wirklich vorankommen.

Sie nehmen damit den Beauftragten Perus für Fragen des Klimawandels, Jorge Voto-Bernales, beim Wort, der betont hatte, dass Peru als Gastgeberland besonders verpflichtet ist, sich mit konkreten Klimaschutzmaßnahmen einzubringen. MOCICC hält für vordringlich, Alternativen abzusichern und festzuklopfen, die mit der Lebenswelt der indigenen Bevölkerung übereinstimmen, hauptsächlich solche, bei denen der Wald erhalten bleibt und die Bevölkerung in ihren Territorien leben kann. (MOCICC 23.9.14)

DER GIPFEL DER VÖLKER ZUM KLIMAWANDEL

Dieser Gipfel vom 8.-11.12.2014 anlässlich der COP 20 soll in Lima ein deutlicher und sichtbarer Beitrag sozialer Bewegungen zu einem neuen globalen Klimavertrag werden. Dazu werden, so die Vorbereitungsgruppe, tausende von Aktiven erwartet: VertreterInnen indigener Völker, engagierte Menschen aus Sozial-, Umwelt-, Landwirtschafts-, Gewerkschafts- und anderen Bewegungen. Es geht dabei um andere Lebensformen, die sich u.a. auf die Prinzipien der umfassenden Menschenrechte, des Buen Vivir und des Rechts der Mutter Erde beziehen und auf dem Prinzip einer globalen Klimagerechtigkeit gründen.

Kernpunkte sind:

- Das Thema Klimawandel ist mehr als ein Umweltproblem. Alle Bereiche des (sozialen) Lebens (wirklich saubere regenerative Energie, Lebensentwürfe weg vom "ich kaufe, also bin ich", etc.) gehören dazu.
- Der Verweis darauf, sich vor der kapitalistischen Logik zu hüten, die Natur (und Gemeingüter) vermarktet und das alles als "grüne Ökonomie", als verantwortungsvolles Lebens- und Wirtschaftsmodell anpreist, im Grunde aber nur die Mutter Erde weiter privatisiert. (Comisión organizadora de la Cumbre de los Pueblos 18.9.2014)

Zum Gipfel der Völker ist am 10.12. ein Marsch für Umwelt- und Klimagerechtigkeit und zur Verteidigung der Mutter Erde geplant. In Vorbereitung darauf gibt es in Peru zahlreiche events. So trafen sich auch VertreterInnen unterschiedlicher Organisationen Ende Oktober 2014 zu einem mehrtägigen Kongress in Celendín (Cajamarca, nördliches Andengebiet Peru): Während der Trotzist und legendäre Bauernführer Hugo Blanco die peruanische Regierung wegen der soeben beschlossenen Anti-Umweltschutz-Gesetze und der zunehmenden Kriminalisierung von Bürgerprotesten als scheinheilig bezeichnet und von ihr nichts erwartet, weil sie diejenigen repräsentiert, die für Erderwärmung und plündernde Großunternehmen stehen, finden sich im Abschlussdokument des Kongresses durchaus sehr konkrete Forderungen an die Politik. Einigkeit herrscht in der Aussage, dass der Klimawandel die Gewalt und Zerstörungskraft des kapitalistischen Modells beweist. Die Forderungen reichen vom gänzlichen Verzicht auf extraktive Projekte (wie Bergbau, Staudämme) über die Einführung von Verboten besonders gefährlicher Chemikalien im Bergbau (Zyanid, Quecksilber bei der Goldgewinnung) und die Rücknahme von umweltfeindlichen Gesetzen (30230) und Verträgen (Erdgasausbeutung) bis hin zur Einhaltung von Verpflichtungen und Vereinbarungen, denen die Regierung zugestimmt hatte (Vorabkonsultation gemäß der ILO-Konvention 169 u.a.). Öffentliche Mittel sollten vorrangig eingesetzt werden, um den einheimischen Markt mit einer gerechten und solidarischen Wirtschaft zugunsten von Ernährungssouveränität zu stärken; gefördert werden sollten nachhaltige Energie und biologische Vielfalt sowie Ökotourismus. Es müsse anerkannt werden, dass Peru ein plurinationaler Staat ist und in allen sozialen und politischen Organisationen müssten Frauen gleichberechtigt vertreten sein.

Die KongressteilnehmerInnen verpflichten sich zur Stärkung von ProduzentInnenzusammenschlüssen für eine gerechte und solidarische Ökonomie, zu einer familiären und gemeinschaftsorientierten Land- und Forstwirtschaft in Einklang mit der Mutter Erde. (Lamula.pe 27.10.2014)

INFORMATIONSTELLE PERU: SONDERBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE COP 20

Vor, während und nach der COP 20 berichtet die Informationsstelle Peru ausführlich und aus verschiedenen Blickwinkeln in deutscher Sprache über dieses Mega-Ereignis. Damit haben entwicklungspolitisch Interessierte und Umweltinteressierte sowie politische EntscheidungsträgerInnen die Möglichkeit, sich unmittelbar zu informieren, sich selbst ein Bild zu machen und die Debatten in ihre eigene Bildungsarbeit einfließen zu lassen. Wer täglich zwei Nachrichten von den Klima-ReporterInnen gemailt bekommen möchte, melde sich bitte unter:

Klimareporteroscop20@gmail.com

Dieser Service wird ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung von Katholischer Fonds, taz-panther-Stiftung und Stiftung Umverteilen.

Links

www.aidesep.org.pe

www.coica.org.ec

www.cop20.pe/voces-por-el-clima (peruanisches Umweltministerium)

www.cumbrepuebloscop20.org

www.de-ipcc.de (Weltklimabericht)

www.deutschemklimafinanzierung.de (gemeinsam betrieben von Brot für die Welt, Heinrich-Böll-Stiftung, Oxfam und Germanwatch)

www.servindi.org

Impressum

Text	Heinz Schulze (Informationsstelle Peru e.V.)
Redaktion	Trudi Schulze-Vogel (AK München-Asháninka des Nord Süd Forum München e.V.), Elke Falley-Rothkopf (infoe e.V.)
Herausgeber	Informationsstelle Peru e.V. in Kooperation mit infoe (Institut für Ökologie und Aktionsethnologie) Informationsstelle Peru e.V. Red Solidaridad Alemania-Perú Kronenstraße 16 a 79100 Freiburg
Spendenkonto	Informationsstelle Peru GLS Gemeinschaftsbank IBAN: DE 744306 0967 8216759100 BIC: GENODEM1GLS

www.infostelle-peru.de
www.infoe.de

November 2014

Gefördert von
ENGAGEMENT GLOBAL



im Auftrag des Bundesministeriums
für wirtschaftliche Zusammenarbeit



Das Dokument gibt die Auffassung und Meinung des Zuschussempfängers wieder und muss nicht mit der Auffassung des Förderers übereinstimmen.